

Das Programm der ÖVP nützt den reichsten 5 Prozent

– finanziert durch Einschnitte bei den Kleinen

Das Wahlprogramm von Sebastian Kurz und der ÖVP enthält neben Forderungen nach massiver Ausgabenkürzung auch Steuerpläne, die lediglich einigen wenigen nutzen. Klein- und Mittelverdienende haben nichts von den vermeintlichen „Entlastungen“ und „Bonuszahlungen“, mit denen Kurz in TV-Auftritten wirbt.

Sebastian Kurz kündigt in seinem Programm an, 14 Milliarden Euro an Ausgaben der öffentlichen Hand kürzen zu wollen. Das könnte er allerdings nur durch einen bisher nie dagewesenen Abbau des Sozialstaates begleichen. Als Beispiel: Die 14 Mrd. Euro, die der ÖVP-Chef kürzen will, sind mehr als der Bund für alle Bundesbediensteten und LandeslehrerInnen ausgibt. Das ist beinahe so viel, wie für alle österreichischen Krankenhäuser aufgewendet wird. Und es ist beinahe so viel, wie der Bund für Kindergärten, Schulen und Universitäten ausgibt:

Mit seinen Steuerplänen verspricht Kurz „Entlastung“. Das hört sich zunächst gut an, doch die Rechnung zeigt: Von den ÖVP-Plänen profitieren vor allem jene mit hohem Einkommen, denn sie sollen künftig viel weniger Beiträge leisten. Für Menschen mit kleinen Einkommen gibt es dagegen keinerlei Erleichterung. Das gibt Kurz sogar in der ZIB2 zu:

Armin Wolf

„Für Leute, die keine Steuern zahlen, gibt es gar nichts in Ihrem Programm.“

Sebastian Kurz

„Na ja, also Herr Wolf, das ist selbstredend.“

Zuckerl für Erben und Konzerne

Erleichterungen gibt es im Kurz-Programm für jene, die erben. Nicht nur ist die ÖVP vehement gegen eine Steuer auf Millionen-Erbschaften, sie will auch Personen, die eine Eigentumswohnung erben, die fällige Gebühr hierfür erlassen. Wer erbt, bekommt 20.000 Euro

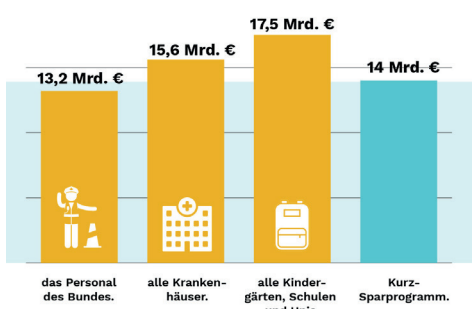
oben drauf. Das würde 200 Millionen Euro kosten – Geld, das Kurz bereitwillig ausgeben will.

Auch Unternehmen würden von den ÖVP-Plänen profitieren, denn Sebastian Kurz will die Körperschaftsteuer (KöSt) auf Unternehmensgewinne streichen. Während kleine SparerInnen für ihre Zinsen KeSt bezahlen müssen, sollen Konzerne keine Abgaben leisten, wenn sie nur ein paar Jahre diese Gewinne nicht antasten.

Es ist kein Programm für die vielen, sondern für die reichsten 5 Prozent der Gesellschaft, deren Privilegien die ÖVP nun ausbauen will. Die Zeitung „Der Standard“ hat Kurz' Programm passend kommentiert: „Wer am wenigsten hat, soll weniger bekommen.“ Und: „Wie die Umverteilung von Arm zu Reich finanziert werden soll? Darüber schweigt das Programm.“

Kurz will 14 Mrd. Euro kürzen

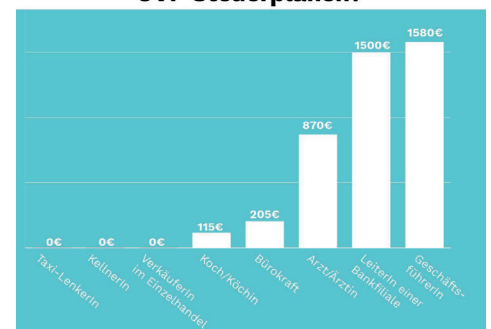
Zum Vergleich die Ausgaben für ...



Quelle: ÖVP, Finanzministerium

KONTRAST

Wer profitiert von den ÖVP Steuerplänen?



Das ÖVP-Programm für die oberen 5%

Quelle: ÖVP, oe24.at

KONTRAST



Die FPÖ steht nicht auf der Seite des „kleinen Mannes“

In ihrem Wirtschaftsprogramm fordert die FPÖ eine „Verschlankung“ des Staates, also eine Reduktion der staatlichen Ausgaben. Das jedoch soll in einem solchen Ausmaß erfolgen, dass das Ergebnis nur massive Einschnitte in den Sozialstaat, also in das Gesundheits-, Sozial- und Bildungssystem, sein können. Im Gegenzug will die FPÖ allerdings Steuererleichterungen für Besserverdienende und Unternehmen.

Das Ausmaß, in dem die FPÖ öffentliche Ausgaben „optimieren“ will, liegt zwischen 12 und 18 Milliarden Euro. Nur zum Vergleich: Rechnet man alle Ausgaben für Kindergärten, Schulen und Universitäten zusammen, kommt man immer noch auf nur 17,5 Milliarden Euro. Wenn die FPÖ von „optimieren“ spricht, meint sie also massive Kürzungen. Leidtragende wären Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, SchülerInnen, PensionistInnen und viele mehr, weil sie in verschiedenen Bereichen Leistungen, die jetzt selbstverständlich sind, nicht mehr bekommen würden. Auch die Ausgaben für den täglichen Bedarf würden sich erhöhen, denn: Die FPÖ will vermehrt indirekte Steuern erhöhen – das meint eine höhere Mehrwertsteuer. Das würde vor allem BezieherInnen mittlerer und niedriger Einkommen treffen, die einen großen Teil ihres Einkommens für Wohnen, Essen oder Kleidung ausgeben und dafür Mehrwertsteuer zahlen.

Auf der Seite der Gewinner des FPÖ-Programms stehen Unternehmen – je größer, desto besser: Wie auch die ÖVP will die FPÖ die Körperschaftsteuer (KöSt) für nicht entnommene Unternehmensgewinne abschaffen. Auch steuerliche Begünstigung für Dienstaufgaben soll es geben.

Die Arbeiterkammer gerät ins Visier der FPÖ

Dass die FPÖ auf der Seite der Konzerne und nicht der ArbeitnehmerInnen steht, zeigt sich auch darin, dass sie die Arbeiterkammer demontieren will. Die Freiheitlichen wollen die Pflichtmitgliedschaft abschaffen, was die Stärke der AK massiv eindämmen würde. Wer keine oder nur eine schwache Interessensvertretung hat, kann sein Rechte nicht mehr einfordern und ist den Wirtschaftsinteressen schutzlos ausgeliefert. Leidtragende sind die ArbeiterInnen und Angestellten in Österreich.

Dabei leistet die AK für ihre Mitglieder Großes – das weiß jeder, der jemals von ihr telefonisch oder persönlich beraten wurde:

2016 erstritt die AK

532 Millionen Euro

für ihre Mitglieder

272 Mio. in den Bereichen Arbeitsrecht, Insolvenzrecht und KonsumentInnenschutz

272 Mio. bei Sozialgerichtsverfahren

40 Mio. im Bereich Steuerrecht